

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,
Friedrichstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 157.

Freitag, 9. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wulstlos, feste Zeilen. Semi-dichter Satz erhöht, wenn der Betrag vergrößert, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinz Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die englische Herbstaktion in Genf.

Die innerpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben dazu beigetragen, der Außenpolitik in politischen Kreisen nicht das Interesse entgegen zu bringen, was sie im gegenwärtigen Stadium beanspruchen kann. Ein und wieder hörte man von gelegentlichen Besuchen der deutschen Botschafter bei den auswärtigen Ministern von Paris und London, von deutschen Vorschlägen bezüglich der Versöhnungsvereinbarung in der zweiten und dritten Zone und von der Unterzeichnung bestimmter deutscher Forderungen, die als Voraussetzung für seinen Eintritt in den Völkerbund gelten sollen. Von den wichtigen Verhandlungen der militärischen Unterkommissionen in Genf wurde geschwiegen, während die englischen und französischen Reaktionen ihre Seiten mit den zur Erörterung stehenden Problemen füllten.

Auf diese Weise ist ein Ereignis unberücksichtigt geblieben, das für die Beurteilung der Stimmung in den „Siegerstaaten“ gegenüber Deutschland maßgebend ist. Wesentlich der Aufmerksamkeit der Völkerbundstaaten in England wurde der deutsche Vertreter auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf, Graf Bernstorff, von einem der Teilnehmer beleidigt, was von einem Engländer durch das Ausbringen eines Schrotens auf den Grafen wieder wett gemacht wurde. Dieser Schrotens hat nunmehr einige Herren und Damen der Liga, die Mitglieder der englischen Prästokratie sind, veranlaßt, ihren Austritt anzumelden, da die Behandlung des deutschen Vertreters nach ihrer Meinung unerschwerlich sei, da die Deutschen nach dem verlorenen Kriege ein rechtmäßiges und zurückhaltendes Benehmen an den Tag zu legen hätten. Diese Beleidigung gegen den Grafen Bernstorff trifft die ganze deutsche Nation. Es ist ein Unikum, mit einem Volke völkerverrechtlich zu regeln zu wollen, dem man gleichgültig und in häßlicher Form die Gleichberechtigung abspricht.

Die „Siegerstaaten“ werden ihre Methoden noch sehr ändern müssen, wenn sie darauf reflektieren, Deutschlands Achtung und Freundschaft zu erhalten. Auch in der hohen Politik wartet man in Berlin noch immer auf die Zusicherungen Frankreichs und Englands auf die berechtigten Ansprüche der Reichsregierung. Sowohl im Unterhaus als auch in der Kammer haben die politischen Vertreter des englischen und französischen Volkes sich eingehend mit dem Völkerbundproblem und der bevorstehenden Herbstaktion beschäftigt. Aus London wird gemeldet, daß ein Vertreterstaat sich unter Führung des Ministerpräsidenten Baldwin nach Genf begeben werde, um dort eine englische Aktion einzuleiten, in deren Mittelpunkt die Befragung und die Kolonialmandate stehen. Die englische Regierung scheint den Plan zu haben, das Abrüstungsproblem mit der Befragung zu verknüpfen, um den gesamten Fragenkomplex aus dem Sinnern der Kommissionen und Unterkommissionen heraus zur Diskussion in der breiten Öffentlichkeit zu stellen. Nach Auffassung deutscher politischer Kreise verfolgt die englische Regierung weiter das Ziel, Deutschland die geforderten Zugeständnisse zu verweigern unter dem Vorwand, alle schwebenden Fragen auf der Herbsttagung zur Erörterung und Regelung zu bringen. Auf diese Weise hofft man, das Fernbleiben Deutschlands unmöglich zu machen, denn man weiß, daß die deutsche Regierung keine Vertreter nach Genf entsenden wird, wenn sie nicht genau weiß, daß die Aufnahme in den Bund unter den bekannten Voraussetzungen erfolgen wird und daß neue Schwierigkeiten von Seiten irgendeiner Völkerbundmacht nicht aufzuheben. Es scheint auch im Bestreben der Weltmächte zu liegen, die Aufhebung der Militärkontrolle bis zum tatsächlichen Eintritt Deutschlands hinauszuschieben. Die deutschen Vorkämpfer werden auch während der Ferien der Minister die amtlichen Stellen dauernd über die Pläne der französischen und englischen Regierung auf dem Laufenden halten, damit im Auswärtigen Amt entsprechende Pläne für die Herbsttagung ausgearbeitet werden können, in denen der deutsche Standpunkt klar und eindeutig zum Ausdruck kommt. Den Parteien wird durch die Möglichkeit der Einberufung des auswärtigen Ausschusses auch stets Gelegenheit gegeben werden, zu den Absichten der Regierung und der auswärtigen Mächte Stellung zu nehmen.

Der Brief des Reichskanzlers an den preussischen Ministerpräsidenten.

Berlin. (Funkdruck.) Auf den Brief des preussischen Ministerpräsidenten, betreffend die Befragung einer Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn, antwortete Reichskanzler Dr. Marx heute u. a.: Aus gewichtigen Gründen verfolge ich es mit, auf die Form Ihres Schreibens, wie auf die Inhalte einzugehen, das Sie das Schreiben in der Öffentlichkeit veröffentlichen, bevor es mir zugegangen war. Die preussische Regierung bezieht sich auf die am 23. März 1924 zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem preussischen Handelsminister abgeschlossenen „Erklärungen zur Auslegung des Staatsvertrages über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich“, worin der preussische Regierung eine Vertretung aus eigenem Recht im zukünftigen Verwaltungsrat des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ zugesagt wurde. Die Mitglieder der Reichsregierung sind entgegen der Auffassung der preussischen Regierung einmütig der Meinung, daß eine ausdrückliche oder stillschweigende Übertragung dieser Aufgabe auf die jetzige Reichsbahn-Gesellschaft nicht erfolge. Nach dem Reichsbahn-Gesetz vom 30. August 1924 besteht der Verwaltungsrat aus 12 Mitgliedern, von denen nur 3 von der Reichsregierung

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Maßnahmen der Reichsregierung.

II Berlin. Im Hinblick an das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der Reichsarbeitsminister im Auftrag des Reichskabinetts am 28. Juni 1926 im Reichstage entwickelt hat, haben unzählige Beratungen zwischen den beteiligten Ministern und im Reichskabinett begonnen, die bis jetzt zu folgendem Ergebnis geführt haben:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahn-Gesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnanlagen unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe dieses Jahres in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell beihilflich ist. Ueber die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die neuen Aufträge werden insbesondere der Eisenindustrie zugute kommen. Es ist anzunehmen, daß auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn seine Zustimmung zu diesen Maßnahmen erteilen wird.

Auch die Reichspost wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserstraßenbauten, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, sollen beschleunigt und verhärtet zur Durchführung kommen. Im Übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angriff zu nehmen, zu denen insbesondere das Reichsamt des Mittelwasserbaus gehört, und die Vorarbeiten für die Ausführung dieser Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie im Gange gesetzt werden können, sobald die erforderlichen Berechtigungen mit den Ländern getroffen sind.

Auch der Bau von Landarbeiterwohnungen soll verhärtet betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahre neu in den Haushaltsplan eingelegt. Ferner sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verhärtung über das im Haushalt vorgesehene Maß hinaus erfahren.

Eine Belebung der Bauwirtschaft soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichscredit für erste Hypotheken und durch Verhärtung der Mittel für die Hauskredit-Hypotheken erreicht werden.

Die beschlossenen Maßnahmen haben die Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden, weil die gegenwärtige

Lage des Geldmarktes die Möglichkeit eröffnet, Mittel für werbende Anlagen, wie sie hier überwiegend in Frage kommen, im Wege der Anleihe zu beschaffen, und weil der Rückgang der Zahl der Erwerbslosen die Ausgaben für die Unterhaltung verringert und damit die laufenden Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden vermindert. Die bis jetzt gefakten Beihilfen werden die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigen, aber immerhin in merklichem Umfange lindern. Auf jeden Fall ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit ihnen noch nicht erschöpft. In seiner weiteren Durchführung ist die von dem Reichsarbeitsminister in seiner Reichstagsrede angekündigte Ministerialkommission eingeleitet und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Sie wird in enger Fühlung mit den Regierungen der Länder stehen.

Die Besprechungen der Finanzminister der Länder im Reichsfinanzministerium.

II Berlin. Am 8. dieses Monats kamen die Finanzminister bzw. Vertreter der Länder im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über Erwerbslosenfragen und Eisenbahnbauten zusammen. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Reinkoth leitete in einer einleitenden Rede die Hauptpunkte des vom Reichskabinett beschlossenen Programms ab, insbesondere auf dem Gebiet der Kapitalbeschaffung durch Eisenbahn und Post, durch Beilehnung der begonnenen Kanalbauten und Belebung des Baumarcktes. Er leitete dabei besonders nachdruckvoll eine mittelfristige Verwertung der bereitstehenden Mittel und eine Erleichterung des Arbeitsmarktes in den besonders von Erwerbslosigkeit heimgegriffenen Gebieten. An die Ausführungen des Reichsfinanzministers schloß sich eine eingehende lebhafte Diskussion, in der fast alle Ländervertreter das Wort nahmen. Daran anschließend wurde vom Reichsminister der Finanzen der Plan dargelegt, die angefangenen und noch nicht vollendeten Bahnbauten, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, sofort zu Ende zu führen und der Reichsbahngesellschaft die dazu nötigen Mittel auf dem Darlehenswege zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Finanzminister nach Annahme einiger Nebenbeschlüsse das Bahnbauprogramm autochthon hatten, ist nunmehr mit einer unmittelbar bevorstehenden Aufnahme der Bauarbeiten zu rechnen, wodurch eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet wird.

die anderen 9 vom Trennhänder als Vertreter der Gläubiger der Reparationsausforderungen ernannt werden. Von den 9 von der Reichsregierung zu bezeichnenden Stellen können noch dazu beim Übergang von Vorzugsaktien in fremde Hände 4 Stellen dem Ernennungsrecht der Reichsregierung verloren gehen. Sollte die ursprünglich 5 deutschen Ländern gemachte Zusage von den Vertretungen im Verwaltungsrat auch für die Zusammenfassung des Verwaltungsrates der jetzigen Reichsbahn-Gesellschaft gelten, so würde die Reichsregierung unter Umständen nicht eine einzige Stelle des Verwaltungsrates nach eigenem Ermessen belegen können. Diese Rechtsauffassung der Reichsregierung ist den Ländern bereits am 9. Mai 1924 mitgeteilt worden.

Dammbruch auf der Eisenbahnstrecke Dresden—Leipzig.

Infolge der andauernden heftigen Regengüsse ereignete sich in vergangener Nacht auf der Eisenbahnstrecke Dresden—Leipzig zwischen Burg und Barzdorf ein Dammbruch, wodurch der Verkehr auf der genannten Strecke eine teilweise Verstopfung erfahren mußte. Die Veranlassung wurden zunächst überflutete Gleise. Nachdem der Betrieb heute vormittag 8 Uhr zunächst eingeleitet aufgenommen werden konnte, wird derselbe bereits seit heute vormittag 11 Uhr wieder normal durchgeführt. Irgegendwelche Unfälle sind glücklicherweise nicht zu verzeichnen.

Erneute Unwetterkatastrophe in Delitzsch.

II Halle, 9. Juli. In den letzten Abendstunden ging über Delitzsch und Umgebungen das dritte wolkensbruchartige Gewitter innerhalb von vier Tagen nieder. Die tiefer gelegenen Strahlenzüge sowie sämtliche Keller heben wieder unter Wasser. In vielen Straßen liegt das Wasser über einen Meter hoch und ist in die Häuser eingedrungen. Sämtliche Wälder schwimmen in den Stuben umher. Da die leichten Lehmböden dem Wasser vermutlich nicht stand halten werden, mußten sie polizeilich geräumt werden. Die Feuerwehre wurde bis in die späten Nachstunden hinein eingesetzt alarmiert. Der Mißstand mehrmals ein, jedoch glücklicherweise ohne zu brennen. Die Felder und Wiesen, die kaum abgetrocknet waren, sind wieder weithin überschwemmt. Die Ernte dürfte nach der nachmaligen Heberhaltung nunmehr völlig vernichtet sein.

Zu dem schweren Gewitter in der Grafschaft Dohrenstein wird noch mitgeteilt, daß das ganze Gebiet zwischen Müllsingerode und Belpetode einem gewaltigen See gleich. In Müllsingerode steht das Wasser über einen Meter auf der Straße. In den Straßen von Belpetode steht es fast überhalb des Meter hoch. Am schwersten wurde Niederdelitzsch betroffen, wo das Wasser einen Stand von drei Metern erreichte und durch die Fenster in die Wohnungen eindrang. Zahlreiche Vieh ist ertrunken. Infolge eines Dammbruchs konnten die Einwohner nur das nackte Leben retten. Aus Borsdorf wird gemeldet, daß dort durch die Gewalt des Wassers die Zementstraßen aufgerissen wurden. Die Strecke Nordheim—Nordhausen wurde an verschiedenen Stellen überflutet.

Dammbruch der Elbe.

II Dessau. (Funkdruck.) In der vergangenen Nacht zerbrach die neue Hochwasserwehr der Elbe den Elbbamm auf einer Strecke von etwa 30 Metern. Mit elementarer Gewalt überfluteten die Wassermassen das weite Gelände. Am sogenannten Zug oberhalb der Stadt Coswig ist nunmehr der Ertrag der Bielen und Geirdefelder vernichtet worden, der bei der vorigen Hochwasserkatastrophe verlohren geblieben war.

Schwerer Wolkensbruch über dem Kreise Rotenburg an der Fulda.

II Kassel. (Funkdruck.) Der Kreis Rotenburg und das angrenzende Gebiet wurden von einem schweren Wolkensbruchkatastrophe heimgegriffen. Am stärksten hat das Unwetter in Bebra gehaunt, wo der Holz- und der Debrach überfluteten. Das Wasser stieg in dem tiefer gelegenen Ortsteil bis zum 1. Stock, wälzte sich wie ein reißender Sturzbach fort und richtete in Ställen, Kellern und Wohnungen großen Schaden an.

Das Vieh konnte nur schwer gerettet werden. In der Umgegend sind die Getreidefelder zum größten Teil ver-